
Keynesianische Theorie und Politik

Rezension von: Harald Hagemann,
Gustav Horn, Hans-Jürgen Krupp (Hrsg.)
Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt, Metropolis Verlag, Marburg 2008, 590 Seiten,
€ 34,80.

In dieser Festschrift zum 75. Geburtstag von Jürgen Kromphardt geht es um Keynesianismus, keynesianische Politik und Verteilungsaspekte – also um Themen, die für die große Mehrheit der deutschen Ökonomen eine Art „Feindesland“ darstellen.¹

Jürgen Kromphardt hat sich als Professor für Volkswirtschaftslehre insbesondere mit makroökonomischen und konjunkturellen Fragestellungen aus keynesianischer Sicht beschäftigt und diese Position auch jahrelang als Mitglied des deutschen Sachverständigenrates vertreten. Da er auf „keinem Auge blind war“ und immer auch die Nachfrageseite betonte, befand er sich im Sachverständigenrat meist in einer Minderheitsposition.

In den 27 Beiträgen dieser Festschrift wird eine Vielfalt von Themen behandelt. Etwa die Hälfte der Artikel beschäftigt sich mit dem Keynesianismus, seiner Geschichte und seiner Rolle im wirtschaftspolitischen Diskurs. Angesichts der großen Breite der Thematik kann in dieser Rezension nur eine Auswahl von Beiträgen näher behandelt werden.

Kurt Rothschild wählt für seinen einleitenden Artikel den Titel „Apropos Keynesianismus“. Er plädiert darin für Pluralismus in der Wissenschaft sowie für Toleranz gegenüber heterodoxen Theorien und beklagt die Einseitigkeit der Ökonomie in Deutschland.

Rothschild weist darauf hin, dass die Vorherrschaft der Neoklassik und des Neoliberalismus nicht immer existierte, sondern an den Zeitgeist gebunden ist.

Günther Chaloupek und Markus Marterbauer setzen sich mit der Phase des Austro-Keynesianismus und seinen Auswirkungen auseinander. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass der Spielraum für eine autonome österreichische Wirtschaftspolitik mit dem EU-Beitritt verloren ging. Die österreichische Wirtschaftspolitik muss seither dem Vorrang für Budgetkonsolidierung und Inflationsbekämpfung in der EU Tribut zollen.

Jochen Hartwig und Bernd Schips sehen die Wachstumspolitik in der Schweiz im ideologischen Korsett der neoklassischen Wachstumstheorie eingeschnürt. Eine Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage würde demnach nur ein kurzfristiges Strohfeuer entfachen. Das ökonomische Denken in der Schweiz ist dominiert von der angebotsseitigen neoklassischen Wachstumstheorie, vom Gleichgewichtsmodell und den Selbstheilungskräften des Marktes. Dieses Denken, das von der Denkfabrik „Avenir Suisse“ besonders forciert wurde, hat nun freilich Schiffbruch erlitten.

Vier weitere Beiträge – von Harald Hagemann, Heinz-Peter Spahn, Hans-Michael Trautwein und Peter Kalmbach/Heinz Kurz – behandeln die Geschichte des Keynesianismus. Die Thematik reicht von der frühen deutschen Keynes-Rezeption über den schwedischen Keynesianismus bis zur theoretischen Beziehung zwischen Keynes und Malthus. Nach Keynes' Ansicht wäre die Ökonomie erfolgreicher gewesen, wenn sie nicht den Spuren Ricardos, sondern Malthus' gefolgt wäre.

In der wirtschaftspolitischen Debatte der letzten beiden Jahrzehnte wurde die keynesianische Position von den meisten Ökonomen, Politikern und Wirtschaftsjournalisten in Deutschland abgelehnt. Jahrzehntelang wurde antizyklische keynesianische Politik vom Hauptstrom der deutschen Ökonomie verteuft – bis der Staat in der Wirtschaftskrise 2009 Feuerwehr und Rettung zugleich spielen musste. Die Beiträge von Gustav Horn u. a. widmen sich diesem Thema. Der Artikel von Gustav Horn nimmt bereits explizit auf die herannahende Katastrophe auf den Finanzmärkten Bezug. Ein weiterer Artikel (von Dierk Hirschel und Martin Stuber) geht auf die Finanzmärkte ein: auf den Übergang vom Rheinischen Kapitalismus zum Aktionärskapitalismus. Die Autoren sehen Deutschland „im Griff der Finanzmärkte“.

Dieter Vesper beschäftigt sich mit der deutschen Debatte um „Schuldenbremsen“. Der Ruf nach Schuldenbegrenzung geht davon aus, dass der Einfluss des Staates möglichst gering gehalten werden soll, weil staatliche Aktivitäten im Vergleich zu privatem Handeln als unproduktiv angesehen werden. Im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gilt „*close to balance*“ als Richtschnur über einen Konjunkturzyklus hinweg. Es wird dabei unterstellt, dass Budgetdefizite mittelfristig nichts mit makroökonomischen Rahmenbedingungen, sondern nur mit dem mangelnden Sparwillen der Regierungen zu tun haben.

Alois Oberhauser setzt sich ebenfalls mit den Forderungen nach dem Verbot staatlicher Neuverschuldung auseinander. Diese Forderungen beruhen auf einer Übertragung einzelwirtschaftlicher Kriterien auf den Staat. Während in den angelsächsischen Ländern der antizyklische Einsatz staatlicher Kre-

ditaufnahme weitgehend akzeptiert ist, haben sich in Deutschland und im Euro-Raum während der letzten Jahrzehnte die neoliberalen „*Hardliner*“ immer mehr durchgesetzt. Sie lehnen aktive fiskalpolitische Maßnahmen in Rezessionsphasen ab, um künftige Generationen nicht mit Zinszahlungen zu belasten. Das Ausmaß der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise hat jedoch auch den Widerstand dieser *Hardliner* gebrochen.

Im zweiten Teil des Buches geht es vor allem um Fragen der Lohnpolitik, der Verteilung und des Arbeitsmarktes – dem zweiten Schwerpunkt der Arbeiten Jürgen Kromphards. In mehreren Beiträgen kommt zum Ausdruck, dass der Arbeitsmarkt nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern von den Güter- und Kapitalmärkten abhängt.

Jan Priewe plädiert in seinem Beitrag für eine Rückkehr der Einkommenspolitik im Euro-Raum. Das Auseinanderdriften der Lohnstückkosten zwischen den Ländern des Euro-Raums macht deutlich, dass eine Koordinierung der Lohnpolitik im Euro-Raum unerlässlich ist. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder seit der Euro-Einführung ist nicht mehr wie früher durch Abwertung auszugleichen. Wenn Deutschland durch möglichst niedrige Lohnsteigerungen weiterhin seine internationale Wettbewerbsfähigkeit immer mehr verbessern will, dann haben die südeuropäischen Länder keine Chance, wieder zu ihrer alten preislichen Wettbewerbsposition innerhalb des Euro-Raums zurückzukehren.

Mit dem Rückgang der Lohnquote in Deutschland setzt sich Hagen Krämer auseinander. Er kommt zu dem Ergebnis, dass gut ein Drittel der Verringerung der Lohnquote – um fast 3 Prozentpunkte zwischen 1995 und 2005

– auf eine Verschiebung der Wirtschaftsstruktur zurückging, d. h. Branchen mit einer relativ niedrigen Lohnquote (meist kapitalintensive Betriebe) wuchsen überdurchschnittlich rasch. Diesen Einfluss des Strukturwandels auf die Entwicklung der Lohnquote hatte der Jubilar Jürgen Kromphardt schon in frühen Arbeiten hervorgehoben. Hagen Krämer zeigt weiters, dass die Berechnung einer bereinigten Lohnquote heute keinen Vorteil mehr bringt, da die Selbstständigenquote im letzten Jahrzehnt weitgehend konstant geblieben ist. Nicholas Kaldor und viele andere Ökonomen gingen von einer langfristigen Stabilität der Lohnquote als empirischem Gesetz aus. Heute im Zeitalter der Globalisierung und Liberalisierung ist in allen Ländern ein trendmäßiger Rückgang der Lohnquote festzustellen.

Die Vielfalt der Themen dieser Festschrift zeigt sich darin, dass Artikel zur Lohndiskriminierung von Frauen und zum Grundeinkommen ebenso Platz finden wie theoretische Beiträge zu NAIRU und Phillips-Kurve, optimaler Zentralbank-Verfassung, Realzins und intertemporalen Preisen, Verteilung und effektiver Nachfrage sowie Wachstum und Verteilung bei statusabhängigen Präferenzen. Das Buch mit seinen 590 Seiten muss nicht von vorne bis hinten „durchgeackert“ werden. Aber jeder – Theoretiker, Historiker, empirischer Ökonom und wirtschaftspolitisch Interessierter – wird viele anregende

Beiträge finden, die ihn neugierig machen.

Man bedauert vielleicht etwas, dass das Buch knapp vor dem vollen Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise geschrieben wurde und die Auswirkungen des Niedergangs des Finanzkapitalismus auf die Gleichgewichtsökonomie noch keinen Widerhall finden konnten. Zweifellos haben keynesianische Politik, makroökonomische Betrachtungsweise und Staat durch die schwere Wirtschaftskrise mit ihrem Versagen der Selbstheilungskräfte des Marktes wesentlich an Bedeutung gewonnen. „*Business as usual*“ kann es nach diesem Fiasko für die Ökonomen in der OECD, der Europäischen Union, den Sachverständigenräten und Forschungsinstituten nicht mehr geben.

Ewald Walterskirchen

Anmerkung

- ¹ Einer der Herausgeber – Gustav Horn – hat vor mehreren Jahren seinen Arbeitsplatz im DIW verloren, weil er als Keynesianer eine Theorie vertrat, die in Deutschland als nicht „*up-to-date*“ galt. Bislang hat dagegen keiner der neoklassischen Deregulierer, die für die Finanzkrise ursächlich mitverantwortlich sind, seine Stelle verloren. Stefan Homburg hat z. B. noch im Spiegel 5 (2009) in einem Streitgespräch mit Bert Rürup behauptet, dass er keine Finanz- und Wirtschaftskrise erkennen kann. Stefan Homburg ist Mitstreiter von Bernhard Felderer im gemeinsamen Lehrbuch der Makroökonomik.